

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine des Bündnis Rettet die Familie anlässlich der Europawahl 2014

Frage: Wie wird Ihre Partei im Europäischen Parlament den Auftrag zur „Gleichstellungspolitik“ verstehen? Als „Gleichberechtigungspolitik“ oder als „Angleichungspolitik“?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichtet sich der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen unseres Lebens. Dazu zählt für uns der Einsatz für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit genauso, wie sicherzustellen, dass Erziehungs- und Pflegeaufgaben gleichberechtigt wahrgenommen werden können. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – da muss die EU dem europäischen Schlusslicht Deutschland endlich Beine machen! Wir fordern eine Richtlinie zur Entgeltgleichheit, die wirksame Maßnahmen zu Transparenz und mehr Lohngerechtigkeit enthalten und effektiv umgesetzt werden muss. Das beugt auch der Altersarmut von Frauen vor.

Worauf es uns in der Gleichstellungspolitik ankommt, ist die Wahlfreiheit – und zwar für beide Partner/innen in einer Beziehung mit Kindern. Die Förderung von Wahlfreiheit bezogen auf die individuelle Lebensführung ist ein zentraler Leitgedanke moderner Familienpolitik. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für das individuelle Recht auf gute Kinderbetreuung ein. Wahlfreiheit ist dann gegeben, wenn Menschen eine private Entscheidung zwischen zwei Alternativen – wie die Entscheidung über die Betreuung ihres Kindes – ohne staatliche Einmischung treffen können.

Wahlfreiheit ist nicht gegeben, wenn das Fehlen einer Alternative eine Auswahl unmöglich macht. Nicht die Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen bevormundet die erziehungsberechtigten Partner, sondern das Fehlen solcher Betreuungseinrichtungen, denn das Fehlen bedeutet, dass mindestens ein Partner keine Wahlmöglichkeit mehr hat. Es ist unser Ziel, dass Männer und Frauen nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Familienzeiten problemlos wieder ins Berufsleben zurückkehren können.

Auf EU-Ebene wollen wir, dass endlich die Mutterschutz-Richtlinie im Ministerrat verabschiedet wird. Wir unterstützen die Forderung nach 20 Wochen Mutterschutz und EU-weit zwei Wochen Vaterschaftsurlaub bei voller Bezahlung. Dies wäre für viele europäische Länder ein Riesen-Fortschritt und entspricht auch den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation.

Für ein geschlechtergerechtes Europa kann und muss aber auch die EU in ihrem Einflussbereich noch mehr tun. Das fängt beim Geld an: Wir wollen erreichen, dass Frauen

mindestens zu gleichen Teilen von europäischen Geldern profitieren. Dafür wollen wir ein Gender Budgeting der jährlichen EU-Haushalte. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss die nötigen Ressourcen bekommen, um verlässliche und EU-weit vergleichbare wissenschaftliche Grundlagen zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechterspezifischen Fragen in allen Politikfeldern zu liefern. Maßnahmen zum Gender-Mainstreaming sollen Männer und Frauen als AkteurInnen von Gleichberechtigung einschließen.